

<b>Vorlage Nr. StVV - V 18/2022</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Beantwortung des Antrags Nr. AT 15/2022 der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Grüne PP vom 31.03.2022 zum Thema „Städtepartnerschaft Kaliningrad neu bewerten“**

**A Problem**

*Die Stadtverordnetenversammlung hat am 31.03.2022 folgenden Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Grüne PP mit der Nummer StVV – AT 15/2022 beschlossen:*

*Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und fordert Russland auf, den Krieg sofort zu beenden.*

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kaliningrad neu zu bewerten. Dabei sollen folgende Punkte in die Bewertung mit aufgenommen werden:*

- *Es ist wichtig, die Kommunikationskanäle in unsere russische Partnerstadt Kaliningrad offen zu halten.*
- *Bremerhaven muss deutlich machen, dass Magistrat und Stadtverordnetenversammlung den Krieg als einen Bruch des Völkerrechts sehen und die Souveränität der Ukraine in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt gilt.*
- *Eine Partnerschaft mit einer Stadt, die den Krieg offen unterstützt, hat keine Zukunft.*

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, ihr bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die Neubewertung zu berichten.*

**B Lösung**

Städtepartnerschaften dienen der Völkerverständigung „von unten“ und der Versöhnung. Dies war nach dem 2. Weltkrieg auch für Bremerhaven der Grund, die ersten Städtepartnerschaften mit Cherbourg (1960) und mit Grimsby (1963) zu begründen. Durch direkte Begegnungen sollten Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Vertrauen gefördert werden.

Die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad bahnte sich viel später, nämlich im Herbst 1990 durch ein Joint Venture zwischen Lloyd Werft, Flamingo Fisch und Reftransflot Kaliningrad mit dem Ziel des Umbaus eines russischen Fangfabriksschiffs, an. Am 24. April 1992 wurde die „Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kaliningrad und der Seestadt Bremerhaven unterzeichnet; die Vereinbarung gilt laut § 9 „... zunächst für die Dauer von fünf Jahren. Ihre Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn sie nicht von einer der beiden Seiten sechs Monate vor Ablauf gekündigt wird.“

Im Laufe der Jahre gab es viele Projekte und Begegnungen zwischen Kaliningrad und Bremerhaven. Als aber den Ämtern mit Einführung der Budgetierung ab 1999 kein zentrales Budget mehr zur Verfügung gestellt wurde, nahmen die Kontakte zu allen Partnerstädten rapide ab. Die Begegnungen mit Kaliningrad beschränkten sich überwiegend auf die gegen-

seitig wahrgenommenen Einladungen zum Tag der Stadt in Kaliningrad und zur Festwoche bzw. Sail in Bremerhaven. Mit der Corona-Pandemie endete auch dies; neben dem Austausch von Grüßen zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel kamen jegliche Aktivitäten zum Erliegen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt die Beziehungen zu Russland nicht nur in der Weltpolitik infrage. Auch Städtepartnerschaften sind betroffen. Laut einer Umfrage des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" unter 82 deutschen Städten, die Partnerschaften oder besondere Kooperationen mit russischen Städten pflegen, ist jede vierte Städtepartnerschaft ausgesetzt. Diese Kommunen sehen derzeit keine Grundlage, die Partnerschaft mit Leben zu füllen, wollen aber »die Tür nicht zuschlagen«.

Die Städtepartnerschaft mit Kaliningrad sollte aufrechterhalten werden, und zwar aus denselben Gründen, aus denen man nach dem 2. Weltkrieg die ersten Städtepartnerschaften begründet hat: Aussöhnung und Völkerverständigung nach dem Krieg.

Dieses vorausgesetzt hat sich der Magistrat mit dem Antrag vom 31.03.2022 befasst und am 27.04.2022 wie folgt beschlossen:

*Der Magistrat teilt dem Bürgermeister Jewgeni Ljubiwy und der Stadtverwaltungsleiterin Elena Djatlowa der Stadt Kaliningrad schriftlich mit, dass Bremerhaven den Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Verletzung der Souveränität des Landes als einen Bruch des Völkerrechts betrachtet. Damit entfällt die nochmalige Befassung durch die Stadtverordnetenversammlung.*

*Die Stadtspitzen werden aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu einer Beruhigung der Lage in der Ukraine beizutragen. Gleichzeitig ist zu bekunden, dass Bremerhaven grundsätzlich an der Städtepartnerschaft mit Kaliningrad festhält, diese aber bis zum Ende des Krieges ruhen lassen wird. Der Brief wird vom Stadtverordnetenvorsteher und vom Oberbürgermeister unterzeichnet.*

*Damit werden eventuelle Einladungen der Stadt Kaliningrad nicht angenommen; Einladungen, z. B. zu den Maritimen Tagen, werden nicht ausgesprochen und weitere Aktivitäten nicht ergriffen.*

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Keine

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Keine

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrats zur Bewertung und Beantwortung des Antrags AT 15/2022 zum Thema „Städtepartnerschaft Kaliningrad neu bewerten“ vom 31.03.2022 zur Kenntnis.

gez.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister